

Betreuung der Kleinsten

Die Betreuungsquote für unter Dreijährige ist in Kärnten 16,5 Prozent. Das EU-Ziel (33 Prozent) wird nur in Wien erreicht. Schweden: 66 Prozent. Kärnten: eine Fachkraft pro fünf Kinder, Österreich-Durchschnitt: 8,7.

Mit nicht genutztem Geld Tagesmütter bezahlen

Nur für 135.000 von 800.000 Kindern unter zehn Jahren in Österreich wurden die Betreuungskosten geltend gemacht. Das ergibt 36 Millionen Euro Steuer-

ausfall, gerechnet hat der Staat mit 165 Millionen. Das Hilfswerk fordert, das ungenutzte Geld in flexible Betreuungsformen wie Tagesmütter zu investieren.

100.417

Familien mit Kindern gibt es in Kärnten. 3500 einkommensschwache Familien erhalten nach dem Kindergeld bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes den Familienzuschuss. Dafür sind 3,4 Millionen Euro jährlich vorgesehen.

Liebkind und Zankapfel der Politik: die Familie. Derzeit werden viele Modelle zu ihrer Förderung diskutiert FOTOLIA



Henckel-Donnersmarck (rechts) und KfV-Österreich-Chef Trendl TRAUSNIG

der leistbarer werden, meint auch FPK-Familiensprecherin Wilma Warmuth. Die Wirtschaft sei gefordert, familienfreundlichere Modelle zu schaffen.

Für flächendeckende Kinderbetreuung zur Vereinbarung von Familie und Beruf plädiert SPÖ-Landesrätin Beate Prettnner. Die Einzelförderung pro Kind müsse angehoben und die Familienbeihilfe verdoppelt werden. Pro Kind sollten vier Jahre pensionsrechtlich angerechnet werden.

Die Grünen plädieren für die zusätzliche Aufnahme der UN-Kinderrechtskonvention in die Landesverfassung. Abgeordnete Barbara Lesjak fordert zudem mehr Geld für Gewaltprävention, finanzielle Absicherung der Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendanwaltschaft.

Eine Verfassungsnovelle wird derzeit vom Land erarbeitet.

dingung“. Beide Elternteile müssten bei der Kindererziehung stärker unterstützt werden, Kindererziehungszeiten sollten mit einer Bemessungsgrundlage von 1000 Euro auf die Pensionszeiten angerechnet werden. Eine Verfassungsbestimmung erleichtere Rahmenbedingungen, damit Kin-

HINTERGRUND

Kleine Gemeinde prescht vor

Berndorf bei Salzburg zahlt mehr Kindergeld aus.

Familien, in denen Kinder daheim betreut werden, können sich ab 1. Januar über ein Zubrot von 112 Euro pro Monat zum Kinderbetreuungsgeld freuen. Aber nur in der Gemeinde Berndorf bei Salzburg. Dort folgte der Gemeinderat (VP, SP und FP) dem Vorschlag von Bürgermeister Josef Guggenberger (VP) und beschloss einstimmig das „Berndorfer Modell“, demzufolge das Kinderbetreuungsgeld auf die Höhe des Mindestsicherungssatzes von 773 Euro pro Monat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes angehoben wird. Ziel ist es, dass der „Aufpreis“ auf Bund, Land und

Gemeinde aufgeteilt wird. Die Gemeinde hat nun unabhängig von Bund und Land mit der Zahlung ihres Drittelbetrages begonnen.

Eltern erhalten somit bei der dreijährigen Betreuungsvariante (463 Euro pro Monat) um 112 Euro mehr und bei der zweijährigen (624 Euro pro Monat) um 50 Euro mehr. Laut Schätzungen wird die 1650-Einwohner-Gemeinde dafür rund 35.000 Euro pro Jahr aufbringen müssen. „Es geht um die Wertschätzung der Arbeit jener Eltern, welche die Kinderbetreuung eigenverantwortlich familienintern wahrnehmen“, sagt Guggenberger.